

Verantwortung für unseren Kreis Sozial gerecht vor Ort Kreiswahlprogramm der SPD von 2013 bis 2018

Miteinander in die Zukunft

Die Kommunen sind die Herzkammer unserer Demokratie – viele Menschen engagieren sich hier ehrenamtlich für unser Zusammenleben.

Kommunalpolitik ist keine blutleere Veranstaltung – ihre politischen Entscheidungen berühren unmittelbar das Leben der Menschen.

Wir sind Volkspartei. Wir sind die Partei für die, die unsere Werte und Ziele teilen. Unsere Zielgruppe sind die, die an ein faires Miteinander, an die Solidarität zwischen den Menschen glauben, daran, dass wenn die Starken die Schwachen unterstützen am Ende beide Seiten profitieren, daran dass jeder die Möglichkeit haben muss sich so zu entfalten, wie er es für richtig hält, solange er dabei die Rechte anderer nicht verletzt.

Es ist dabei egal, ob diejenigen reich sind oder arm, alt oder jung, einen deutschen Pass haben oder nicht. Wir streben einen Kreis Pinneberg an, in dem alle Alters- und Bevölkerungsgruppen gut leben können. Unsere Politik wird bestimmt sein vom Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sie an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen, ist unser erklärtes Ziel. Wir wollen gemeinsam gerechter werden.

Kreis Pinneberg – stark in der Metropolregion

Die Metropolregion Hamburg ist eine europäische Zukunftsregion, die von der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gleichberechtigt entwickelt werden muss. Wir wollen die Chancen und Möglichkeiten dieses norddeutschen Wachstumskerns nutzen.

Wichtige Entwicklungsfelder grenzüberschreitend entwickeln!

- Die Stärke und die Bekanntheit machen Hamburg zum Kraftzentrum der Metropolregion. Insbesondere der Hamburger Hafen ist für die gesamte Metropolregion ein bedeutender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In der Kooperation mit Hamburg wollen wir eine Wachstumsstrategie weiter entwickeln, die sich positiv auf die Wirtschaftsförderung und den Tourismus im Kreis auswirkt.
- Die Infrastrukturachse A 23 muss für Wachstumsimpulse im Hamburger Rand und darüber hinaus genutzt werden.
- Der Bau der A 20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt ist zügig zu realisieren. Die weiteren Bauabschnitte bei der A 20 sind so auszurichten, dass der weitere Ausbau von Segeberg bis zur A 7 und dann bis zur A 23 und darüber hinaus kontinuierlich so erfolgt, dass es auch einen unmittelbaren Nutzen für die Menschen und die Wirtschaft im Kreis Pinneberg ergibt.

- Eine aufeinander abgestimmte Regionalplanung sowie die Entwicklung gemeinsamer Gewerbegebiete sind anzustreben.
- Die Elbvertiefung ist – bei Nachweis der unbedingten Deichsicherheit und Ausgleich der ökologischen Belange – eine wichtige infrastrukturpolitische Maßnahme. Der bestehende Fonds zur Unterstützung der Entschlickung der Sport- und Freizeithäfen in Folge einer möglichen Elbvertiefung sollte so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen. Wir setzen uns dafür ein, den Fonds durch eine prozentuale Abgabe über das Hafengeld weiter aufzustocken.

Infrastruktur stärken – Verkehre nachhaltig gestalten!

Wir wollen einen attraktiven, schnellen, zuverlässigen, barrierefreien und möglichst umsteigefreien öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), um mehr Menschen den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu ermöglichen. Der Kreis Pinneberg verfügt im ÖPNV über ein gut ausgebautes Netz mit steigenden Fahrgastzahlen und mit der KVIP über eine gut aufgestellte und hervorragend arbeitende Verkehrsgesellschaft.

In den nächsten Jahren wird eine möglichst effiziente Organisation der Pendlerströme von und nach Hamburg zu einer zentralen Herausforderung. Wir setzen uns für eine abgestimmte Weiterentwicklung der Verkehrsträger ein.

- Es ist unser Ziel, das Angebot des ÖPNV auch zukünftig durch eine langfristige Finanzierung sicher zu stellen.
- Wir werden prüfen, ob durch die Optimierung von Taktzeiten und Linienführung Einsparungen erwirtschaftet werden können, die insbesondere zur Verbesserung des sogenannten Freizeitverkehrs führen.
- In unserem Kreis fährt der erste Elektrobus Deutschlands im Linienverkehr. Es ist ein erster Schritt, im Rahmen eines Modellprojektes die Elektromobilität für den ÖPNV zu testen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass nach einem erfolgreichen Abschluss der Modellphase eine schrittweise Umstellung des Fuhrparks auf Elektrobusse erfolgt.
- Für den Kreis Pinneberg ist die AKN unverzichtbarer Bestandteil für eine Fortentwicklung des ÖPNV. Unser Ziel ist eine bald mögliche Elektrifizierung. Die AKN muss – gegebenenfalls gemeinsam mit der Hamburger S-Bahn – konzeptionell weiterentwickelt werden. Die Infrastruktur muss dabei in Landeshand bleiben. Die hochqualifizierten 300 Arbeitsplätze sind zu sichern.
- Zur Vermeidung von energieintensivem Individualverkehr unterstützen wir Konzepte wie Park and Ride, Sammelparkplätze an Autobahnen und Job-Tickets in privaten Unternehmen wie bei der öffentlichen Hand.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung sollen das Angebot eines Job-Tickets bekommen, das sowohl ökologischen wie sozialen Belangen nützt.
- Für den Auto-Pendlerverkehr nach und von Hamburg droht wegen des Ausbaus der A7 bis ins Jahr 2020 eine sehr angespannte Lage. Wir setzen uns deshalb für eine integrierte Verkehrspolitik der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, des Kreises und der Bahnen ein, in der nach Möglichkeit Kompensationsszenarien über die Schiene entwickelt werden. Der Kreis sollte sich für moderne Verkehrsleitsysteme auf den Autobahnen einsetzen.
- Wir unterstützen die Politik der neuen Landesregierung, die sich gegen den Einsatz von Gigalinern einsetzt.
- die ganzjährige Schiffsverbindung von und nach Helgoland bleibt für uns ein wichtiges Anliegen in der Verantwortung des Kreises.

- Die Metropolregion verfügt mit dem innerstädtischen Flughafen Fuhlsbüttel über eine leistungsfähige Drehscheibe im Norden. Einen Großflughafen in Kaltenkirchen lehnen wir ab.
- Wir wollen eine gerechte Verteilung der Flugbewegungen, um für die Umlandbewohner eine Entlastung vom Fluglärm zu erreichen.
- Beim Ausbau der A7 auf sechs Spuren ist ein hinreichender Lärmschutz für die Region Bönningstedt-Hasloh-Quickborn unabdingbar.
- Der Bahnverkehr im Kreis Pinneberg ist in seinen Angeboten noch weiter zu verbessern und auszubauen, insbesondere auf der Achse Elmshorn – Pinneberg – Hamburg/ Hauptbahnhof, um noch mehr Pendler zu gewinnen. Dazu ist auch der Haltepunkt Tornesch/Uetersen unter anderem durch einen Halt der Regionalexpress-Verbindung auf der Strecke Elmshorn–Hamburg weiter aufzuwerten.
- Der langfristige Ausbau der S 4 bis Pinneberg/ Elmshorn wird unterstützt.

Kreisstraßen und Radwege funktionsgerecht erhalten

Der Kreis Pinneberg verfügt über ein gut ausgebautes Straßen- und Wegenetz. Wir werden zukünftig den Schwerpunkt bei den Kreisstraßen und den Radwegen an Kreisstraßen auf den funktionsgerechten Erhalt und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen legen.

Die Fertigstellung eines durchgängigen Radweges an der Kreisstraße 19 von Elmshorn nach Seester hat für uns aus Gründen der Schulwegsicherung Priorität und ist zügig zu verwirklichen.

Den Ausbau der Kreisstraße 22 mit dem 2. und 3. Bauabschnitt werden wir weiter unterstützen, wenn sichergestellt ist, dass mit einem zeitgleichen Baubeginn der beiden Abschnitte die Städte Tornesch und Uetersen verkehrlich entlastet werden und die Planungen gerichtsfest sind.

Qualifizierte Bildung für alle

Als wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Zukunft sind gute Bildung und Ausbildung wesentliche Bestandteile und Grundlagen für die persönliche Entwicklung junger Menschen. Wir stehen für gleiche Bildungschancen, unabhängig vom finanziellen Hintergrund des Elternhauses ein.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, jeden Schüler und jede Schülerin stärker als in der Vergangenheit in allen Schularten nach den individuellen Begabungen zu fördern. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen haben wir den Weg für eine Bildung für die Zukunft geebnet, den wir weiter entwickeln wollen.

- Wir werden vorrangig in die Bildung investieren, ohne die anderen kommunalen Aufgaben aus dem Blick zu verlieren.
- Es ist unser Ziel, das Angebot an Ganztagschulen kontinuierlich auszubauen.
- Bei der Bereitstellung eines ortsnahen Schulangebotes ist für uns der Elternwille maßgebend. Die Umwandlung von Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden wir unterstützen.
- Die Finanzierung von notwendigen Sanierungsmaßnahmen, insbesondere der energetischen Sanierung, muss auf ein gesichertes Fundament gestellt werden. Die Städte und Gemeinden als Schulträger dürfen nicht allein vor kaum lösbare finanzielle

Probleme gestellt werden. Wir werden – soweit finanzpolitisch vertretbar – mit einem Teil der Einnahmen aus Schulkostenbeiträgen Sanierungsvorhaben fördern.

- Die neue Landesregierung hat die Kommunen des Hamburger Rands von ungerechten Kosten für Gastschüler im Nachbarland Hamburg entlastet. Wir setzen uns nach Auslaufen der aktuellen Regelung für ein neues Gastschülerabkommen ein, das diesen Status sichert.

Inklusion den Weg bahnen

Unsere Vision ist, dass jeder Mensch in der Gesellschaft in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben und teilzunehmen. Ziel ist, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Alle Kinder sollen gemeinsam aufwachsen und lernen – in Krippen, in Kindertagesstätten und Schulen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Zahl der integrativen Kindertagesstättenplätze erhöht und inklusiv ausgerichtet wird. Bei allen Sanierungen und Neubauten wollen wir Barrierefreiheit verwirklichen.

Schülerbeförderung

Für die Grundschüler und Grundschülerinnen soll die Beförderung auch weiterhin für die Eltern kostenlos bleiben. Auch für Schüler weiterführender Schulen werden wir den Zugang zum ÖPNV erhalten.

Berufliche Bildung: gute Qualifizierung fürs Arbeitsleben sichern!

Junge Menschen für den schnellen Strukturwandel in der Arbeitswelt, der Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden, ist zentrale Aufgabe der Kreisberufsschulen in Elmshorn und Pinneberg. Die Kreisberufsschulen zeichnen sich durch ein hohes Ausbildungsniveau aus, das wir im Rahmen unserer Verantwortung erhalten werden.

- Für neue Ausbildungsberufe werden wir unverzüglich die notwendigen räumlichen und technischen Voraussetzungen schaffen.
- Die ständige Anpassung der technischen Ausstattung an eine wirtschaftliche und arbeitsplatznahe Ausbildung hat für uns eine hohe Priorität bei der Förderung.
- Die hohe finanzielle Eigenständigkeit der Kreisberufsschulen im Rahmen eines festen Budgets werden wir gewährleisten.
- Der Neubau der Werkstatt an der Kreisberufsschule hat für uns höchste Priorität und wird bei den erforderlichen Investitionen vorrangig berücksichtigt.
- Die Kreisberufsschulen der Zukunft werden wir zu regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) weiterentwickeln: Zentren, die ausgestattet mit hoher Eigenverantwortung ihren Bildungsauftrag erfüllen und in Partnerschaft mit anderen Bildungsträgern Dienstleistungsunternehmen für Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Region sind.
- Bei der Zuordnung der Berufsschüler zu ihren Schulen streben wir eine länderübergreifende Vereinbarung an.

Heideweg- und Raboisenschule

An den Förderschulen gibt es ein Ganztagsangebot für Kinder mit geistiger und körperlicher Behinderung. Wir haben den vorbildlichen Einsatz der Elternvertretungen und der Lehrerkollegien für dieses Angebot nachhaltig unterstützt. Die Realisierung von pädagogisch erforderlichen Maßnahmen werden wir befürworten.

Volkshochschulen – unverzichtbarer Bestandteil der Erwachsenenbildung

In unserer Gesellschaft und mit einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft steigt die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Wir werden diesen Prozess im Rahmen unserer Möglichkeiten befördern und gemeinsam mit den Kommunen gestalten.

Die Volkshochschulen bieten schon lange ein vielfältiges Angebot von Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Dieses gilt es zu erhalten und den künftigen Herausforderungen anzupassen.

Sie sind mit ihren Angeboten ein wichtiger Partner, wenn es darum geht, dass jeder junge Mensch einen Schulabschluss erreichen soll. Aber auch im Bereich der Integration von Zuwanderern leisten sie einen für unseren Kreis wichtigen Beitrag durch das flächendeckende und kostengünstige Angebot von Deutsch- und Integrationskursen.

Ferner stellen die vielfältigen Kurse einen wesentlichen Beitrag zum Kulturangebot in unserem Kreis dar und steigern damit die Lebensqualität.

Um auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel leistungsstarke Volkshochschulen zu erhalten, werden wir die Kooperation der einzelnen Einrichtungen untereinander unterstützen und als Kreis einen verlässlichen Beitrag zu der Gesamtfinanzierung garantieren.

Kultur im Kreis – eine gemeinsame Aufgabe

Die Ermöglichung eines vielfältigen und anspruchsvollen Kulturlebens im Kreis ist eine gemeinsame Aufgabe von Gemeinden, Städten und dem Kreis. Es ist unser Ziel, diese Vielfalt zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Der Kreis Pinneberg weist dabei an vielen Stellen traditionsreiche Kultureinrichtungen mit einer über den Ort hinausreichenden Bedeutung auf. Die Zusammenarbeit und die Stärkung dieses Netzwerkes an Kultureinrichtungen gilt es auszubauen.

Die Drostei – ein Zentrum der Kulturlandschaft im Kreis

Die Drostei als Kreiskulturzentrum hat in der Kulturlandschaft des Kreises eine besondere Bedeutung. Sie soll mit einem überregional wirkenden Angebot Bestandteil der Wahrnehmung des Kreises nach außen sein. Innerhalb des Kreises soll sie mit den verschiedenen Einrichtungen gemeinsame Projekte realisieren.

- Wir werden den Bestand und das Angebot der Drostei dauerhaft sichern. Insbesondere unterstützen wir die konzeptionelle Entwicklung, sich immer stärker neuen Gruppen zu öffnen. Vorbildlich ist die Kooperation mit Schulen, um junge Menschen für Kunst zu interessieren und ihre Begabungen zu fördern.
- Wir werden die Vielseitigkeit des kulturellen Wirkens im Kreis durch einen jährlichen Kulturbericht erfassen und damit ein öffentliches Bewusstsein für das lebendige kulturelle Leben schaffen.
- Insbesondere wichtig ist die Förderung der Jugendkultur, z.B. über Jugendkulturhäuser und zum z.B. über die Kooperation von Kultureinrichtungen und Kulturinitiativen mit Schulen, um junge Menschen für Kultur zu interessieren und ihre Begabungen zu fördern.

Sportförderung

Förderung des Breitensports, Unterstützung der Vereine, Qualifizierung der Übungsleiter, Förderung des Seniorsports, Verbesserung der Beratung und Serviceleistung für die Vereine – mit diesen Schwerpunkten haben wir bereits 2003 einen Budgetvertrag mit dem Kreissportverband geschlossen, der landesweit als vorbildlich für die Sportförderung gilt.

Durch die Einführung von Ganztagschulen stehen die Sportvereine vor neuen Herausforderungen. Die Schulsporthallen werden auch am Nachmittag von den Schulen

benötigt und die Kinder und Jugendlichen verbringen mehr Zeit in der Schule. Darauf müssen die Vereine mit Veränderungen reagieren.

Aber auch die Schulen benötigen qualifizierte Angebote für den Nachmittag. Die verstärkte Kooperation von Schulen und Sportvereinen zur Gestaltung des Nachmittagsangebots will die SPD fördern. Dies soll eine der wichtigen Aufgaben des Kreissportverbandes (KSV) sein.

- Auch für die folgenden fünf Jahre werden wir die Arbeit des KSV durch einen Budgetvertrag absichern. Bei dieser Fortschreibung muss der Vertrag den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.
- Die Sportstättenförderung vereinseigener Einrichtungen werden wir fortsetzen. Das vom Kreissportverband betriebene Feriencamp Neukirchen werden wir auch zukünftig unterstützen.
-

Unsere Verantwortung für Familien und ihre Kinder

Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt unserer Kinder- und Familienpolitik. Kinder sollen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen können. Wir wollen Mut zur Familiengründung machen und Armut in Familien vermeiden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter wollen wir gleichermaßen verbessern.

Drei Handlungsfelder stehen im Mittelpunkt unserer Kinder- und Familienpolitik

- Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
- Keine Kürzung der Mittel für Hilfen zur Erziehung, sondern bedarfsgerechte Steuerung
- Wir wollen Nachteile für Familien ausgleichen, die aus deren Herkunft entstehen.

Krippenplätze – Rechtsanspruch erfüllen

- Unser Ziel ist, eine bedarfsgerechte Krippen-Versorgung der Kinder unter drei Jahren sicherzustellen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind unter drei Jahren ab 01. August 2013.

Krippenausbauplan für ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot

- Die Erstellung eines Krippenausbauplanes halten wir für unverzichtbar. Dieser soll in Kooperation mit der Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten entwickelt werden und die Grundlage für ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren schaffen. Die finanzielle Förderung des Kreises wird sich nach dem bedarfsorientierten Betreuungsangebot richten.
- Das Ziel einer Bedarfsdeckung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Kreis und Gemeinden. Für den Kreis Pinneberg werden wir ein eigenes Förderprogramm vorlegen, das sowohl die notwendigen Baumaßnahmen wie die laufenden Betriebskosten fördert. Die vom Bund bereitgestellten Finanzmittel sind zweckbestimmt und bedarfsgerecht an die Träger von Einrichtungen und die Kommunen weiterzuleiten.

Sozialstaffel kreisweit einheitlich und sozial gerecht gestalten

- Unser Ziel ist eine kreisweite, einheitliche und sozial gerechte Sozialstaffel. Die Höhe der Elternbeiträge für den Kindergarten-aufenthalt darf nicht mehr abhängig vom

Wohnsitz der Eltern sein. Wir werden daher unverzüglich eine kreisweit einheitliche Sozialstaffel gestalten, unter Einbeziehung des Mittagessens in den Kindergartenbeitrag. Unser langfristiges Ziel bleibt weiterhin der kostenfreie Besuch einer Kindertagesstätte. Auch bei den Gebühren für die Leistung der Tagesmütter ist eine Sozialstaffelung einzuführen.

Kindertagesstätten zu Familienzentren weiter entwickeln

Eltern benötigen leicht erreichbare und frühe Hilfen, die sie in ihrer Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder wirksam unterstützen. Kindertagesstätten bieten für viele Eltern einen frühzeitigen, verlässlichen und wohnortnahen Zugang. Unser Ziel ist, dass Eltern hier künftig auch Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Erziehungskompetenz bekommen.

- Wir wollen die Kindertagesstätten im Rahmen eines mit fachkundigen Trägern erarbeiteten Konzepts schrittweise bedarfsorientiert zu Familienzentren weiterentwickeln.

Beratungsdienste – unverzichtbarer Bestandteil der Jugendhilfe

- Die fachlich anerkannten Beratungsdienste freier Träger sind unverzichtbarer Teil der Jugendhilfe. Den Bestand dieser Einrichtungen wollen wir sicherstellen und deren Aufgaben orientiert an sozialen Veränderungsprozessen weiterentwickeln.

Jugendhilfe mit den Schulen vernetzen

- Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule hat sich in den vergangenen Jahren ständig verbessert. Wir werden diese Kooperation mit dem Ziel einer weiteren fachlichen Zusammenarbeit unterstützen.
- Sozialpädagogische Kompetenzzentren sind ein Angebot, schulunwillige Schüler wieder in den Schulalltag zu integrieren. Das bestehende Kompetenzzentrum werden wir konzeptionell weiter entwickeln. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot von mindestens zwei weiteren Zentren.

Schulsozialarbeit langfristig sichern

Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in den Schulen bei Problemen der Persönlichkeitsentwicklung, Konflikten mit Mitschülern, Lehrern, Eltern oder bei Schulschwierigkeiten.

- Wir werden das hohe Niveau der Schulsozialarbeit im Kreis erhalten und nach Auslaufen der Fördermittel des Bundes die ausfallenden Mittel in Höhe von rund einer Million Euro mit Kreismitteln kompensieren.

Jugend beteiligen – ehrenamtliche Arbeit weiter unterstützen

Die ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit ist in ihrer Vielfalt ein unverzichtbarer Bestandteil des sozialen Lebens in unserem Kreis. Aufgrund einer Initiative der SPD ist die ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit seit längerem zukunftsfest gesichert.

Jugendhilfe: kooperativ planen – wohnortnah realisieren

Wir treten für eine Jugendhilfe ein, die in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden, freien Jugendhilfeträgern und den sozialen Akteuren vor Ort konzeptionell entwickelt wird. Vorrangiges Ziel sind präventive Hilfen, die die Menschen in ihrem Wohnumfeld unmittelbar erreichen.

Wir setzen dabei in erster Linie auf ambulante Hilfe. Stationäre Unterbringung wollen wir möglichst vermeiden.

- Vorrang haben dabei Hilfen für Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer familiären Situation, ihres sozialen Umfeldes bzw. ihrer Behinderung besonderer Unterstützung bedürfen. Kindeswohlgefährdung, Gewalt unter Kindern und Jugendlichen sowie Suchtmittelmissbrauch muss durch ein verbessertes Frühwarnsystem und ein Angebot vorbeugender Hilfen begegnet werden. Mit dieser Zielsetzung werden wir das bestehende Präventionskonzept weiterentwickeln.

Unser Kreis – ein Lebensstandort mit Zukunft in sozialer Sicherheit

Für ein solidarisches Gemeinwesen: Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und Teilhabe mit Aufstiegschancen.

Unsere Sozialpolitik orientiert sich am Grundgedanken des solidarischen Gemeinwesens mit der Verpflichtung zum sozialen Ausgleich

Wir wollen, dass im Kreis Pinneberg die Hoffnung, sozialen Aufstieg für sich und für die Kinder und Enkel organisieren zu können, wieder größer wird als die Sorge vor dem sozialen Abstieg. Wir richten uns deshalb an alle, die sich mit uns gemeinsam mit den Zuständen nicht abfinden wollen, die unseren Kreis weiter Stück für Stück gerechter und menschlicher machen wollen, die soziale Fairness und gesellschaftliche Solidarität stärken wollen.

Leitlinien unserer zukunftsorientierten Sozialpolitik

Für ein solidarisches Gemeinwesen – Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt

Soziale Sicherheit und Förderung bedingen sich gegenseitig. Deswegen richten wir unsere Politik für den Kreis Pinneberg nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen in unserem Kreis aus. Die zentrale Aufgabe unserer Sozialpolitik ist, die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben im Kreis zu ermöglichen.

- Die Arbeit der freien Träger von sozialen Einrichtungen ist ein unverzichtbares Instrument für den Sozialstaat. Die vielfältigen Beratungs- und Hilfsangebote wie die Drogenberatung, die Hilfe für psychisch kranke Menschen, die Schuldnerberatung, Sucht- und Gewaltprävention, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe und Frauenhäuser sind für uns feste Bestandteile der sozialen Grundversorgung in unserem Kreis. Insbesondere bei den Frauenhäusern setzen wir uns für eine gemeinsam mit Hamburg zu vereinbarenden länderübergreifende Finanzierung ein.
- Wir wollen die Trägervielfalt und die damit auch verbundene Methodenvielfalt der einzelnen Hilfeinrichtungen erhalten.
- Eine Privatisierung bisher öffentlich getragener sozialer Dienstleistungen und Hilfeinrichtungen lehnen wir ab.

Den Kreis bedarfsgerecht und sozialraumbezogen weiterentwickeln

Unser Ziel ist, dass die sich verändernden Bedarfe der verschiedenen Alters- und Zielgruppen sozialraumbezogen weiterentwickelt werden.

- Der Zugang zu den angebotenen Hilfen ist durch kurze Wege, offensive Informationstätigkeit und durch unbürokratische Beratungs- und Vermittlungstätigkeit sicherzustellen. Bei der Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur wollen wir die

Kompetenzen und Ressourcen der betroffenen Menschen für die aktive Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort mit einbeziehen.

Soziale Notlagen vermeiden – Prävention stärken

Um möglichst die Entstehung von sozialen und gesundheitlichen Not- und Problemlagen zu vermeiden, werden wir stärker als in der Vergangenheit präventive und integrative Maßnahmen fördern.

- Wir werden z. B. das Präventionskonzept des Kreises weiterentwickeln und ausbauen.

Soziale Bürgergesellschaft – Gemeinwesen zusammen gestalten

Bei der Weiterentwicklung der kommunalen Sozialpolitik für den Kreis Pinneberg gilt es, die Bürgerinnen und Bürger als kooperative Mitgestalter der sozialen Infrastruktur zu gewinnen.

- Wir verstehen dabei bürgerschaftliches Engagement als eine bedeutsame Form der Beteiligung an den Belangen des Gemeinwesens.

Gleichberechtigte Teilhabe bei Gesundheit und Pflege

Wir wollen, dass alle umfassend an einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung teilhaben. Deshalb stellen wir uns konsequent auf die Seite der Patientinnen und Patienten. Eine Zwei-Klassen-Medizin werden wir niemals akzeptieren. Wir setzen uns dafür ein, sowohl die gesetzliche Krankenversicherung als auch die Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung umzuwandeln.

Angesichts der demographischen Entwicklung wollen wir unsere Gesundheits- und Pflegepolitik vom Menschen aus denken und weiterentwickeln.

- Wir werden dem Wunsch älterer Menschen nach einem möglichst langen, aktiven, gesunden und sozial abgesicherten Leben im gewohnten Umfeld Rechnung tragen. Dazu gehört die Förderung der Selbstständigkeit durch eine wohnortnahe Versorgung und die Gestaltung der Barrierefreiheit in allen Fragen des täglichen Lebens.
- Auch für Menschen mit einem intensiven Unterstützungsbedarf müssen der Grundsatz „ambulant vor stationär“ und das Recht auf Selbstbestimmung gelten.
- Wir stehen bereits am Beginn eines dramatischen Fachkräftemangels in der Pflege. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird. Als ersten richtigen Schritt hat die SPD-geführte Landesregierung beschlossen, ab 2013 und 2014 jeweils 200 weitere Ausbildungsplätze zu finanzieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Pflegeberufe in der Gesellschaft mehr Anerkennung erfahren und durch eine angemessene Entlohnung attraktiver werden. Quereinsteigern und Interessenten mit ausländischem Fachabschluss muss der Zugang zu Pflegeberufen erleichtert werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Altenpflegeausbildung durch die Einführung der Umlagefinanzierung in der Pflege ermöglicht wird.
- Dem sich abzeichnenden Ärztemangel im ländlichen Raum wollen wir entgegenwirken.

Sicherer Kreis Pinneberg: Feuerwehr und Rettungsleitstelle unterstützen

Rettungsleitstelle

Die integrierte Rettungsleitstelle in Elmshorn hat täglich eine Vielzahl von Einsätzen des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei zu bewältigen. Die Einsatzfähigkeit der Rettungsleitstelle ist durch schwere bauliche Mängel erheblich beeinträchtigt und führt zu unverantwortlichen Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.

Um ihre unverzichtbare hohe Leistungsfähigkeit zu erhalten, werden wir die bestehenden schwerwiegenden baulichen Mängel unverzüglich beheben oder für einen Neubau der Rettungsleitstelle sorgen.

Unsere Verantwortung für Helgoland

Die einzige deutsche Hochseeinsel gehört zum Kreis Pinneberg, daher haben wir eine besondere Verpflichtung dieser Insel gegenüber. Wir werden uns dafür einsetzen, die Anbindung der Insel an das Festland zu gewährleisten, dafür zu sorgen, dass genügend bezahlbarer Wohnraum für Helgoländer gegeben ist, die Arbeitsplätze gesichert werden und der Fremdenverkehr als wichtiger Bestandteil der Insel gefördert wird.

Feuerwehr

Es ist unser Ziel, die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Kreisfeuerwehr zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wir haben und werden auch zukünftig die Neubaumaßnahmen an der Kreisfeuerwehrentrale in Ahrenlohe unterstützen. Die Ausbildungs- und Arbeitsräume, die Werkstätten und die Fahrzeughallen sind baulich so zu entwickeln, dass sie den Auftrag der Kreisfeuerwehr wirkungsvoll unterstützen.

Arbeitsplätze erhalten und schaffen – mit zukunftsorientierter Wirtschaftspolitik

Der Kreis Pinneberg zählt zu den wirtschaftlich stärksten Kreisen Schleswig-Holsteins. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass es dabei bleibt. Für uns dient die Wirtschaftsförderung vorrangig der Entwicklung und Verbesserung der örtlichen oder regionalen Wirtschaftsstruktur mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Der Kreis ist mehrheitlich Anteilseigner der WEP „Wirtschaftsförderungs-, Entwicklungs- und Planungsgesellschaft.“ Als Instrument der Wirtschaftsförderung bietet die WEP eine gute Grundlage.

Wirtschaftsförderung zukunftsorientiert weiter entwickeln

Die WEP soll auch zukünftig die Aufgaben der Wirtschaftsförderung für den Kreis wahrnehmen strategisch mit dem Ziel, Wirtschaftsförderung „aus einer Hand“ auszurichten.

Die strategische und operative Ausrichtung der WEP soll arbeitsteilig und in enger Kooperation mit den Wirtschaftsförderern in den Städten und Gemeinden erfolgen.

Im Rahmen der strategischen Steuerung durch die Selbstverwaltung werden wir die Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass sie in ihrer Geschäftspolitik eigenständig und flexibel auf die Entwicklungen des Marktes reagieren kann.

Rahmenziele für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung

- Service, Betreuung und Hilfestellung für Investoren und ansässige Unternehmen u.a. durch professionelle Standortberatung, Beratung bei der Umsetzung individueller Konzepte bei Neuansiedlungen, Unterstützung von Existenzgründungen.

- Dienstleistungen und Projektträgerschaften für den Kreis und die kreisangehörigen Kommunen, u.a. Beratung bei der Planung, Finanzierung und
- Entwicklung von Gewerbegebieten, Projektpartnerschaft für kommunale Gewerbegebiete.
- Pflege und Aufbau von Netzwerken und Kooperationen, u.a. Beratung und Betreuung aller Unternehmen der Region, enge und partnerschaftliche Kooperation mit Hamburg und anderen Wirtschaftsförderungsgesellschaften.
- Standortmarketing und Werbung für das Geschäftsgebiet, u.a. Werbung für den Wirtschaftsstandort und seine Grundstücksangebote, Messebeteiligungen, direkte Werbung bei Investoren.
- Entwicklung, Bevorratung und Verkauf von Gewerbegrundstücken, u.a. Abwicklung des Eigenbestands, Entwicklung, Planung, Ankauf, Erschließung, Finanzierung, Bevorratung, Bau und Verkauf von Gewerbegrundstücken in Partnerschaft und finanzieller Verantwortung mit den Kommunen.
- Förderung des Breitbandausbaus: Im Kreis Pinneberg gibt es viele einzelne Initiativen, aber keine Gesamtstrategie. Der Kreis muss hier besser koordinieren. Erster Schritt für eine effiziente Koordinierung der Bemühungen ist die Erstellung eines Leerrohrkatasters.

Tariftreue gewährleisten

Zu guter Wirtschaft gehören auch faire Löhne. Wir wollen deshalb, dass für den Kreis und seine Gesellschaften Dumpinglöhne in welchem Gewand auch immer tabu sind. Die Vergaberichtlinien sind an das Tariftreuegesetz des Landes anzupassen. Bei ihrer Arbeit wird die SPD-Kreistagsfraktion weiter auf die Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten, den Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten setzen.

Für einen sozialen Arbeitsmarkt – niemand darf zurückgelassen werden

Im Zentrum der Vermittlungsarbeit auf kommunaler Ebene steht der Arbeit suchende Mensch. Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung wird das Jobcenter Pinneberg als gemeinsame Einrichtung durch den Kreis Pinneberg und durch die Agentur für Arbeit partnerschaftlich geführt. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Wir werden sie auch zukünftig fortsetzen. Wir setzen uns dabei für eine Qualifizierung der Mitarbeiter des Jobcenters für gute Beratung der Klienten ein.

Trotz Wirtschaftsaufschwung und Rückgang der Arbeitslosigkeit im Kreis Pinneberg ist eine kommunale Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar. Wir werden nicht zulassen, dass soziale Ungleichheit weiter zunimmt und zu einer wachsenden Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft führt.

- Gemeinsam mit dem Jobcenter wollen wir Projekte und Maßnahmen entwickeln und fördern, die sich auf Personengruppen konzentrieren, deren Beschäftigungsfähigkeit aus den unterschiedlichsten Gründen beeinträchtigt ist. Insbesondere werden wir zügig die Hilfen bereitstellen, die zur Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit notwendig und erforderlich sind.
- Verstärkt werden wir uns für Maßnahmen einsetzen, die sich um die langfristige Eingliederung von Menschen bemühen, die vom ersten Arbeitsmarkt nicht kurzfristig erreicht werden.

Beschäftigungsgesellschaften sind notwendige Einrichtungen bei Eingliederungs- und Bildungsmaßnahmen für Menschen ohne Arbeit. Die im Kreis tätigen Gesellschaften sind auf Grund ihrer Kenntnisse über die lokalen Gegebenheiten in besonderer Weise geeignet, die erforderlichen Projekte zur Wiedereingliederung zu entwickeln und durchzuführen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass unter den Bedingungen der Vergabeordnung lokale Beschäftigungsgesellschaften vorrangig bei der Vergabe von Eingliederungs- und Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Demographischen Wandel gestalten – Zusammenhalt der Generationen stärken

Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unser Land. Wir wollen Erfahrung und Verantwortungsbereitschaft der Älteren noch mehr als bisher nutzen.

Um gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, verstehen wir den demographischen Wandel als politische Querschnittsaufgabe. Nicht nur Pflege und Gesundheit, auch Bildung, Wohnen, Städtebau und Verkehr müssen dieser besonderen Herausforderung gerecht werden, um Lebensqualität zu erhalten.

Die gestiegene Lebenserwartung der Menschen führt zu veränderten Anforderungen an die soziale Infrastruktur des Kreises. Wir werden diese Entwicklung aktiv gestalten. Dabei werden wir die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse mit einbeziehen.

- Es ist unser Ziel, älteren Menschen so lange wie möglich das Leben in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den nächsten Jahren ausreichend barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.
- Mit einem verstärkten Ausbau der Gesundheitsförderung, der Prävention und der Rehabilitation wollen wir im Alter häufig auftretenden Erkrankungen oder Unfallfolgen begegnen und so das Entstehen von besonderer Hilfebedürftigkeit vermeiden.
- Wir wollen Netzwerkstrukturen für Hilfe und Pflege durch Beratung und niedrigschwellige Angebote, wie z. B. in den Pflegestützpunkten, fördern.

Ausländerfeindlichkeit bekämpfen – Integration voranbringen

Der Kreis Pinneberg war und ist Einwanderungsregion. Menschen unterschiedlicher Herkunft haben unseren Kreis gemeinsam aufgebaut. Wir wollen, dass alle Menschen im Kreis Pinneberg – egal welcher Herkunft und welcher Hautfarbe – die Chance auf einen sozialen Aufstieg für sich und ihre Kinder haben.

Es entspricht unserem politischen Selbstverständnis, dass diese Teilhabe den Menschen in gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher religiöser und kultureller Anschauungen ermöglicht wird.

Ausländerfeindlichkeit bekämpfen

- Wir werden jeder Form von Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung politisch entgegentreten und uns dafür einsetzen, dass sie mit den Mitteln des Rechtsstaates entschieden verfolgt wird.

Integration fördern

- Migrantinnen und Migranten durch Beratung und aktive Hilfestellung die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben mit dem Ziel zu ermöglichen, ihr Leben

eigenverantwortlich zu gestalten, ist die Zielsetzung der Migrationsberatung in unserem Kreis. Die Beratung leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und religiöser Zugehörigkeit.

- Mit dem von uns verabschiedeten Integrationskonzept werden wir leistungsfähige Integrationsstrukturen aufbauen. Dazu gehören ein flächendeckendes Netz von kommunalen Integrationszentren sowie eine Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Migranten-Selbstorganisationen. Insbesondere braucht es auch mehr differenzierte Erkenntnisse über Zahl, Herkunft und Bedürfnisse der zu uns gekommenen Migrantinnen und Migranten.
- Wir unterstützen die kontinuierliche Praxisbegleitung der jeweiligen Migrationssozialberatungsstellen, ihre Koordinierung und Einbindung in das gesamte migrationspezifische Angebot sowie die Initiierung der inhaltlichen Weiterentwicklung.
- Wir befürworten eine Einbürgerungsinitiative nach Hamburger Vorbild, bei der alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die die Voraussetzungen erfüllen, mit einem Schreiben von Ministerpräsident und Landrat eingeladen werden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Sollte sich das Land hierzu nicht in der Lage sehen, werden wir eine solche Initiative für den Kreis Pinneberg ergreifen.

Umwelt erhalten – Energiewende unterstützen – Tourismus weiter entwickeln

Der Schutz von Landschaftsräumen und der Erhalt naturnaher Kulturlandschaften bedeuten für uns offensive regionale Klimaschutzpolitik. Im dicht besiedelten Kreis Pinneberg ist für uns eine aktive Natur- und Umweltschutzpolitik unabdingbar.

- Wir werden die abgebrochene Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten wieder auf die politische Agenda setzen. Ziel ist, insgesamt zehn Landschaftsschutzgebiete im Kreis auszuweisen und sie miteinander zu vernetzen.
- Wir wollen den Menschen die Schönheit und die Einzigartigkeit der Marschregion vermitteln und unsere Initiative eines Naturparks „Holsteinische Elbmarschen“ wieder aufgreifen. Gemeinsam mit einem geeigneten Träger und in Kooperation mit den Städten und Gemeinden der Region unter Einbeziehung des NABU und anderer Verbände wollen wir dieses Ziel erreichen.
- Die Arbeit der „integrierten Station Unterelbe“ (ISU) werden wir weiterhin unterstützen. Einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit sehen wir in der Umweltbildung – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Projekte, die auch gemeinsam mit engagierten Partnern aus der Wirtschaft, wie zum Beispiel dem Abwasserzweckverband durchgeführt werden, haben Vorbildcharakter.
- Die Klimaschutzleitstelle des Kreises als Kooperationspartner mit den verschiedenen Vereinen und Verbänden, die ehrenamtlich im Klimaschutz tätig sind, bleibt für die SPD ein verbindlicher Bestandteil aktiver Umweltpolitik.
- Der zunehmenden Ausweitung des Maisanbaus, der bereits ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche im Kreis beansprucht, wollen wir entgegen wirken.

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende vor Ort organisieren

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir sie zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

- Wir unterstützen die Initiativen aus den Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung Flächen zur Erzeugung von Windenergie auszuweisen und setzen uns für planungsrechtliche Erleichterungen ein. Der Kreis kann für den Ausgleich zwischen Gemeinden mit unterschiedlichen Interessen vermittelnd tätig werden.
- Bei Aus- oder Neubau von Windparks unterstützen wir die genossenschaftlich organisierte Kostenbeteiligung von Bürgern und Bürgerinnen oder sogenannte „Bürgerbeteiligungsmodelle“.
- Wir unterstützen eine Biogasanlage bei der GAB zur Verwertung der angelieferten Bioabfälle für elektrische Energiegewinnung. Innovationen der Energiegewinnung müssen mit in Betracht gezogen werden.
- Bei Genehmigung von Bauanträgen werden ordnungsrechtlich mögliche energetische Auflagen voll ausgeschöpft. Bauherren werden intensiv über die Nutzung regenerativer Energien und wärmetechnischer Möglichkeiten nebst der staatlichen Förderprogramme für ihr Bauvorhaben informiert.
- Wir setzen uns für eine vereinfachte Genehmigung von Windkraftanlagen ein.
- Wir setzen uns für die Verringerung der Heizenergie in den kreiseigenen Gebäuden und den Gebäuden von Gesellschaften ein, an denen der Kreis beteiligt ist. Dieses Ziel wollen wir durch entsprechende technische Maßnahmen, zentrale Verbrauchskontrolle und Steuerung sowie energiesparende Investitionen erreichen.
- Wir wollen, dass die Versorgung von kreiseigenen Gebäuden und den Gebäuden kreiseigener Gesellschaften auf umweltfreundlichen Öko-Strom umgestellt wird.
- Den Einsatz des Fracking-Verfahrens zur Gasgewinnung auf Kreisgebiet lehnen wir ab. Auch Voruntersuchungen finden nicht unsere Zustimmung, solange der Nachweis aussteht, dass die Methode ohne Beeinträchtigung von Menschen und Umwelt funktioniert.

Sanfter Tourismus – Natur schützen

Ruhe und Erholung gewährleisten – Interesse an Natur wecken und erleben – Landschaften aktiv erschließen und Sehenswürdigkeiten kennen lernen, ohne den notwendigen Schutz der Natur zu gefährden. Orientiert an diesen Grundsätzen des sanften Tourismus wollen wir den Menschen in unserem Kreis und in der Metropolregion Hamburg die Erlebbarkeit unserer vielfältigen Landschaftsräume vermitteln.

- Auch die touristische Arbeit der „Integrierten Station Unterelbe“ (ISU) als bewährtes Modell der umfassenden und kreisübergreifenden Informationen über die landschaftlichen Schönheiten und touristischen Angebote findet weiterhin unsere Unterstützung.
- Als Partner in den Projekten „Maritime Landschaft Unterelbe“ „Holstein Tourismus“ und im Verein Naherholung ist es unser Ziel, die Freizeit- und Tourismusangebote weiterzuentwickeln.
- Gemeinsam mit den Kommunen werden wir die Infrastruktur für den „sanften Tourismus“ z.B. durch den Ausbau des Radwegenetzes verbessern.
- Wir werden auch zukünftig die Öffnungszeiten der Sperrwerksbrücken an Krückau und Pinnau sicherstellen und prüfen, ob im Rahmen der Zuschüsse des Kreises die Öffnungszeiten stärker nutzungsorientiert ausgerichtet werden können.
- Das Arboretum ist ein weit über die Kreisgrenzen hinaus bekanntes und anerkanntes Zentrum der Gartenkunst und ein Sympathieträger für den Kreis. Mit jährlich rund

100.000 Besuchern wird dies eindrucksvoll belegt. An dem bewährten Konzept, dem „Förderkreis Arboretum – Baumpark Ellerhoop“ die Gestaltung und Entwicklung zu überlassen, werden wir auch zukünftig festhalten und den Verein mit einem Betriebskostenzuschuss unterstützen.

- Deutschlands einzige Hochseeinsel Helgoland ist der bekannteste touristische Magnet des Kreises Pinneberg. Wir werden den Fremdenverkehr auf der Insel auch weiterhin unterstützen.

Bezahlbaren Wohnraum im Kreis für alle Generationen erhalten und schaffen

Angemessener Wohnraum zu bezahlbaren Mieten ist ein soziales Grundrecht. Schon heute fehlen in unserem urbanen Kreis rund 1250 preisgünstige Wohnungen und der Bedarf wird bei weiterem Bevölkerungswachstum steigen. Der knappe Wohnraum führt zu Mietsteigerungen, von denen insbesondere Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner betroffen sind.

Für Haushalte mit geringem Budget bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen, derer wir Sozialdemokraten uns annehmen werden.

- Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft, insbesondere die Baugenossenschaften, einen gemeinsamen Masterplan „Sozialer Wohnungsbau“ mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum im Kreis Pinneberg und anderen bevölkerungsreichen Kreisen entwickeln. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass bei der Bauleitplanung in den Kommunen Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen werden, die für bezahlbaren Wohnraum vorzuhalten sind.
- Wir unterstützen die Landesregierung in ihrer Zielsetzung, dass Zweckvermögen Wohnungsbau zu erhalten und das Wohnraumförderungsprogramm über 2014 hinaus zu verlängern.
- Die finanziellen Mittel des Landes für den sozialen Wohnungsbau sind zielgerichtet und schwerpunktmäßig in den Kreisen mit erhöhtem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum einzusetzen, zu denen der Kreis Pinneberg gehört.
- Sozialleistungsbezieher dürfen nicht Opfer steigender Mieten werden. Wir werden regelmäßig im Rahmen von Mietwertgutachten angemessene Mietpreisobergrenzen für die Kosten der Unterbringung festlegen.
- Wir werden die Gemeinde Helgoland bei der Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft unterstützen, die die Wohnungen aus Bundes- und Gemeindebestand übernimmt.
- Aufgrund der Nähe zu Hamburg ist der Kreis Pinneberg für junge Erwachsene – wie Studierende und Auszubildende – als Wohnort besonders interessant. Die SPD setzt sich für guten und bezahlbaren Wohnraum für diese Altersgruppe ein.

Verwaltungen effektiv, effizient und bürgernah weiterentwickeln

Die Bürger und Bürgerinnen erwarten von einer Verwaltung qualitativ hochwertige Leistungen zu möglichst geringen Kosten. Diese Leistungen sollen ortsnahe zur Verfügung stehen. Diesen berechtigten Erwartungen müssen Verwaltungen bei ihrer Aufgabenerfüllung entsprechen.

Bürgernähe vor Ort ausbauen

- Unser Ziel ist eine bürgernahe Verwaltung, die auch per ÖPNV aus dem gesamten Kreisgebiet zu erreichen ist.
- Neue Technologien sind zuerst einmal Chance, auch für moderne Verwaltung. Gutes E-Gouvernement macht Verwaltung nicht nur effektiver, es ist auch so gestaltet, dass es den Zugang zur Verwaltung für alle Generationen erleichtert. Wir fördern dabei die Kultur der Offenheit, indem es mehr freien Zugang zu Daten der öffentlichen Verwaltung beim Kreis Pinneberg gibt.

Aufgabenkritik – Prozessoptimierung

- Wir werden eine regelmäßige Aufgabenkritik und Optimierung der Geschäftsprozesse in der Kreisverwaltung mit dem Ziel vornehmen, Bürokratie abzubauen und Verwaltungsleistungen effektiver zu erfüllen.
- Wir werden uns für einen konstruktiven und effektiven Prozess zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden mit dem Ziel einsetzen, dass Aufgaben des Kreises, die von Städten und Gemeinden in gleicher oder ähnlicher Weise wahrgenommen werden oder einen hohen Publikumsanteil haben, auf die Städte und Gemeinden übertragen werden.

Kreis – Städte und Gemeinden – Gemeinsame Aufgabenerfüllung von Verwaltungsaufgaben

- Kostensparende Synergieeffekte sind erzielbar mit der Zusammenführung von administrativen Aufgaben, die gleichermaßen im Kreis wie in den Städten und Gemeinden anfallen. Das gilt beispielhaft für die Personalverwaltung, das Beschaffungswesen, das Rechnungswesen. Wir werden uns erneut für eine gemeinsame Aufgabenerfüllung einsetzen, die in einem ergebnisoffenen Prozess zu einvernehmlichen Lösungen von Kreis und kreisangehörigen Kommunen führt.

Kreisfinanzen – konsolidieren und gestalten

Unser Kreis steht an der Grenze seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit. Bei allen erforderlichen Anstrengungen mit eigenen Konsolidierungsmaßnahmen wird es nicht möglich sein, unseren Kreis nachhaltig zu entschulden. Wir brauchen eine nationale Anstrengung zur Entschuldung der Kommunen. Die von der SPD auf Bundesebene durchgesetzte Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter ist eine erste wirkungsvolle Entlastung der Kommunen. Ihr müssen weitere durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer folgen.

Privatisierungs- und Klientelpolitik als Ursache für hausgemachte Finanzkrise

Seit 10 Jahren tragen CDU und FDP die politische Verantwortung für die Finanzen des Kreises. Das Ergebnis dieser Finanzpolitik ist die ständig wiederkehrende Feststellung des Innenministers, dass die dauernde Leistungsfähigkeit des Kreises nicht gegeben ist.

Die Privatisierungspolitik von CDU und FDP und ihre interessengesteuerte Klientelpolitik sind Belege dafür, dass ein Teil der dramatisch schlechten Finanzlage des Kreises hausgemacht ist.

Verlässliche Förderung politischer Schwerpunkte – Langfristige Konsolidierung

- Die verlässliche und dauerhafte Förderung unserer politischen Schwerpunkte und ein langfristiges Konsolidierungskonzept sind die Leitlinien unserer Finanzpolitik.

Grundsätze unseres Konzeptes für die zukünftige Finanzpolitik des Kreises

- Verlässliche Förderung der sozialen Grundversorgung im Jugend- Bildungs- und Sozialbereich.
- Erhalt der Ausgleichsfunktion des Kreises insbesondere bei der Förderung von Krippen- und Kita-Plätzen
- Auch über das Jahr 2015 hinaus werden wir uns mit entsprechenden Konsolidierungsvorschlägen an dem Konsolidierungsprogramm des Landes beteiligen.
- Wir werden eine fraktionsübergreifende Haushaltskonsolidierungsgruppe vorschlagen, die gemeinsam mit der Kreisverwaltung die Standards der Aufgabenerledigung mit dem Ziel struktureller Einsparungen überprüft.
- Sach- und Personalkosteneinsparungen wollen wir mit der von uns initiierten Zusammenlegung von Aufgaben bzw. der Aufgabenübertragung im Rahmen verbindlicher Kooperationen mit den Städten und Gemeinden erzielen.
- Wir werden kritisch überprüfen, ob Organisationseinheiten wie z.B. das Regionalmanagement und die Europaabteilung, die nicht zu den Pflichtaufgaben des Kreises gehören, noch weiter fortgeführt werden müssen.
- Vom Land erwarten wir die Änderung des kommunalen Finanzausgleiches mit dem Ziel eines aufgabenbezogenen Ausgleiches.